

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 48 (1975)

Heft: 8

Artikel: Die strategische Lage und die Rüstungsanstrengungen der Schweiz

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die strategische Lage und die Rüstungsanstrengungen der Schweiz

von Dominique Brunner, Zürich

«Auf unserem Kontinent stehen sich die beiden grössten Bündnissysteme der Erde, die Nordatlantische Allianz und der Warschauer Pakt, unmittelbar gegenüber: eine hohe Konzentration von Streitkräften und Rüstungen auf engem Raum. Verhandlungen und Verträge zwischen Ost und West haben daran bislang nichts geändert.»

Weissbuch 1973 / 1974 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr

«1962 umfassten die amerikanischen Land-, See- und Luftstreitkräfte in Europa 434 000 Mann; nunmehr sind es etwa 300 000. 1967 standen 26 sowjetische Divisionen in Osteuropa; jetzt sind es 31. Über die Jahre ist die Entwicklung in zahlenmässiger Hinsicht durch eine graduelle Verschiebung zugunsten des Ostens gekennzeichnet gewesen.»

The Military Balance 1974 — 1975, International Institute for Strategic Studies

«Massgebend für unsere Vorbereitungen muss angesichts der jederzeit einsetzbaren strategischen Waffen und der namentlich auch im europäischen Raum stationierten Armeen die potentielle, das heisst die durch das vorhandene Potential gegebene, Bedrohung sein.»

Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz, 27. Juni 1973

Der vorgenannte bundesrätliche Bericht, der in Öffentlichkeit und Parlament breite Zustimmung gefunden hat, hebt zwei für die Bestimmung unserer strategischen Haltung massgebende Faktoren hervor: Unsere sicherheitspolitischen Ziele zum einen, die Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sein können, zum anderen. Aus ihrer Gegenüberstellung ergebe sich das strategische Verhalten dieses Landes. Gegen die so umrissene Methode lassen sich keine stichhaltigen Einwände erheben. Daraus folgt, dass eine schlüssige Beurteilung der von der Schweiz im Bereich der Landesverteidigung im allgemeinen und auf dem Gebiet der Rüstung im besonderen zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffenen Vorkehrungen Klarheit über die möglichen Gefahren voraussetzt. Es ist denn auch unumgänglich, einem Kommentar zum Rüstungsprogramm 1975 und zu den in der Planungsperiode 1975 – 1979 vorgesehenen Rüstungsanstrengungen eine knappe Analyse der militärstrategischen Lage, soweit sie die Sicherheit unseres Landes erheblich beeinflussen kann, voranzustellen.

Veränderte nuklearstrategische Lage

Auf der nuklearstrategischen Ebene, d. h. in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hinsichtlich deren weitreichender nuklearer Waffen, hat sich seit etwa 1970 ein Wandel vollzogen, dessen Tragweite ausserhalb der Fachwelt kaum ermessen worden zu sein scheint. Anfang dieses Jahrzehnts entstand erstmals tatsächlich das Gleichgewicht bezüglich der nuklearstrategischen Möglichkeiten der beiden Supermächte, von dem seit den fünfziger Jahren die Rede gewesen war. Ihre weithin erkennbare Bestätigung erfuhr die neue Parität mit dem am 26. Mai 1972 zustande gekommenen amerikanisch-sowjetischen Abkommen betreffend die offensiven ballistischen Raketen, das, von der damals erreichten zahlenmässigen Stärke ausgehend, den USA 1710 Abschussvorrichtungen mit Lenkwaffen, die das Heimatgebiet der Sowjetunion erreichen können, und der Sowjetunion 2358 «launchers» für derartige Trägersysteme zubilligte sowie jeden Bau von zusätzlichen Abschussvorrichtungen untersagte. Eine Parität bestand trotz der sich in diesen Zahlen äussernden Diskrepanz, weil die USA über mehr und leistungsfähigere Bomber verfügten — mehr als 400 gegenüber 140 sowjetischen Maschinen — und weil ihre Lenkwaffen zielgenauer und teilweise mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ausgerüstet waren. Die Lücken des Abkommens lagen darin, dass es die Bomber nicht erfasste und die qualitativen Rüstungsanstrengungen — z. B. die Einführung und Verbesserung von Mehrfachsprengköpfen — praktisch nicht behinderte.

Wollte man sowohl den Rüstungswettlauf spürbar drosseln als auch die erreichte Parität bewahren, so drängte sich eine Erweiterung der Vereinbarung von 1972 auf. Darauf mussten insbesondere die USA bedacht sein, weil der überlegene Bestand der Sowjets an ballistischen Raketen sowie die grössere Nutzlast pro Schubkraft eines Teils derselben eine ernste Gefahr für die landgestützten amerikanischen Waffen (ICBM) in dem Augenblick bedeuten mussten, da die Sowjets ihrerseits ihre Raketen mit mehreren Sprengköpfen auszustatten in der Lage sein würden. Gerade diese Fähigkeit erlangten die Sowjets offenbar aber schneller, als angenommen worden war: 1973 testeten sie drei neue Raketenmodelle (ICBM) mit Mehrfachsprengköpfen, Anfang 1975 nahmen sie erstmals Raketen mit MIRV in Dienst. Bei ihren Verhandlungen mit den Amerikanern über ein neues Abkommen — SALT II — liessen sie keine Bereitschaft erkennen, auf die Ausnutzung dieser ihrer Möglichkeiten um der Verlangsamung des Rüstungswettlaufes willen zu verzichten. Unter diesen Umständen konnte die Grundsatzabmachung zwischen Präsident Ford und Generalsekretär Breschnew vom November 1974 in Wladiwostok nur so ausfallen, wie sie ausgefallen ist, nämlich sehr unbefriedigend.

In der Tat räumt sie den Sowjets das Recht ein, 1320 Lenkwaffen grosser Reichweite mit Mehrfachsprengköpfen auszustatten — Ende 1974 stand auf sowjetischer Seite noch keine Lenkwaffe mit Mehrfachsprengköpfen bereit, während die USA rund 500 Langstreckenraketen und mehr als 350 U-Boot-Raketen mit MIRV hatten. Der springende Punkt ist nun darin zu sehen, dass alle amerikanischen Lenkwaffen mit Mehrfachsprengköpfen — sowohl die operationellen als auch die derzeit geplanten — U-Boot-Raketen (SLBM) oder sogenannte «leichte» landgestützte Lenkwaffen sind. Die Kombination Anzahl der Ladungen, Sprengkraft derselben sowie Zielgenauigkeit der Wiedereintrittskörper (Re-entry bodies) stellt mindestens heute keine ins Gewicht fallende Bedrohung der sowjetischen landgestützten strategischen Waffen dar. Die erwähnte grosse Nutzlast vieler sowjetischer landgestützter Lenkwaffen wird die Sowjets hingegen bei Ausstattung dieser ICBM mit Mehrfachsprengköpfen und Verbesserung der Präzision befähigen, die Masse der 1054 amerikanischen ballistischen Raketen am Boden vor dem Start zu zerstören bzw. damit zu drohen. Allein die rund 300 schweren Raketen der Modelle SS-9 und SS-18 können bei hoher Zielgenauigkeit und mit je 6 Sprengköpfen von 1 Megatonne bestückt nach Schätzungen des International Institute for Strategic Studies (IISS) mehr als 90 % des obgenannten amerikanischen Bestandes an ICBM vorsorglich ausschalten. Und im Lichte der Wladiwostoker Abmachung, wonach beide Seiten je 1320 Raketen mit Mehrfachsprengköpfen besitzen dürfen, muss angenommen werden, dass die Sowjetunion viele Raketen mit Mehrfachsprengköpfen in Dienst stellen und dass sie in den kommenden Jahren trotz amerikanischer Gegenmassnahmen — Verstärkung des passiven Schutzes der Raketen-silos — effektiv die Fähigkeit erlangen wird, einen sehr beträchtlichen Prozentsatz der amerikanischen ICBM zu zerstören.

Drohende Beschränkung des Handlungsspielraums der USA

Gewiss werden die USA auch unter diesen Umständen «immer noch eine immense verbleibende Schlagkraft» (Schlesinger) in Form ihrer weiterhin im wesentlichen unverwundbaren raketenbestückten U-Boote sowie ihrer Bomber haben, somit fähig bleiben, die Sowjets von einem Schlag gegen die amerikanischen Städte abzuhalten, also eine begrenzte defensive Abschreckung ausüben. Das sich abzeichnende sowjetische Übergewicht dürfte nichtsdestoweniger die Handlungsfreiheit der USA einengen. Die amerikanischen Verantwortlichen hegen ähnliche Befürchtungen, was Verteidigungsminister Schlesingers letztjährige Äusserung bestätigt: «Für viele interessierte Beobachter würde es so aussehen, als würden die tatsächlichen und die potentiellen Asymmetrien die Sowjetunion noch mehr begünstigen. Unter solchen Umständen können wir die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass sich künftige sowjetische Führer zur Annahme verleiten lassen könnten, dass derartige anscheinend günstige Asymmetrien zumindest zur Gewinnung diplomatischer Vorteile ausgenutzt werden könnten. Druck, Konfrontation und Krise könnten sich leicht aus einer Fehlbeurteilung dieser Art ergeben.» Das Fazit lautet dahin, dass die heute noch bestehende nuklearstrategische Parität zwischen den zwei Supermächten in absehbarer Zukunft einer mehr oder weniger ausgeprägten sowjetischen Überlegenheit auf diesem Gebiet Platz machen könnte — oder dürfte!

Das Entscheidende an dieser Verschiebung im Kräfteverhältnis liegt in unserer Sicht darin, dass die Sicherheit der USA darunter weniger leidet als diejenige Westeuropas. Denn die USA, deren Küsten durch eine machtvolle, in beschleunigter Modernisierung begriffene Flotte geschützt werden, werden weiterhin über eine gesicherte Fähigkeit zum nuklearen Gegenschlag verfügen, zu einem Gegenschlag, dessen Auslösung allerdings nur als Vergeltung für einen massiven sowjetischen Angriff gegen das amerikanische Heimatgebiet denkbar erscheint. Und zu diesem massiven sowjetischen Angriff wird es aus diesen und weiteren Gründen mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht kommen. Demgegenüber hängt Europas Sicherheit vor grossangelegten militärischen Aktionen der Sowjets und ihrer Satelliten oder der Drohung damit, militärstrategisch gesehen, wesentlich von der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Drohung ab, bei einem Angriff des Warschauer Paktes auf breiter Front, insbesondere im Raum Europa Mitte, Nuklearwaffen einzusetzen und so die Eskalationsspirale in Gang zu setzen. Diese Drohung ist in der NATO-Doktrin der «flexible response» enthalten, sie wird aber vor allem verkörpert durch einige tausend unter amerikanischer Kontrolle stehende nukleare Ladungen im Befehlsbereich des «Allied Command Europe». Abschreckend und damit friedenssichernd wirken insbesondere die «Forward Based Systems», d. h. amerikanische Kampfflugzeuge in Europa und auf Flugzeugträgern im Mittelmeer, die mit Nuklearwaffen Randgebiete der Sowjetunion zu treffen vermöchten. Bei einer Veränderung des nuklearstrategischen Kräfteverhältnisses wie der mindestens in den Bereich des Möglichen gerückten erschiene es als weniger wahrscheinlich, dass die USA ihre «Forward Based Systems» entschlossen einsetzen und das Risiko sowjetischer Vergeltungsschläge heraufbeschwören würden, die z. B. gegen amerikanische Raketen in den USA gerichtet wären und auch die Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen könnten. Die Wahrscheinlichkeit erhöht sich also, dass ein Krieg in Europa primär oder nur konventionell geführt würde.

Nachteilige Rückwirkungen auf Europa

Damit verschlechtern sich aber die Aussichten des Westens auf eine wirksame Abschreckung der östlichen Seite von jedem Waffengebrauch oder militärisch untermauertem Druck in Europa. Hinzu kommt, dass die östliche Seite in einem im wesentlichen auf konventionelle Mittel beschränkten Waffengang gewichtige Trümpfe ausspielen kann: Die Stärke der sowjetischen Land-, aber auch Luftstreitkräfte, die Standardisierung von Waffen und Gerät im Warschauer Pakt und die daraus resultierenden logistischen Vorteile, das Operieren auf der inneren Linie, die Tatsache, dass die in Europa stehenden Paktkräfte rasch auf dem Landweg aus der Sowjetunion verstärkt werden können, schliesslich die hegemoniale Stellung der Sowjetunion, die eine straffe zentrale Führung der Paktkräfte verbürgt und die volle Ausnutzung der personellen und materiellen Ressourcen der Paktländer erleichtert. In all diesen Punkten ist das westliche Bündnis im Nachteil.

In der zentralen Zone Europas — Bundesrepublik Deutschland und Benelux einerseits, Polen, DDR und CSSR andererseits — stehen sich gegenwärtig folgende Kräfte gegenüber:

	<i>NATO</i>	<i>Warschauer Pakt</i>
Soldaten	788 000	935 000
Kampfpanzer	6 880	15 500
Kampfflugzeuge	1 710	2 810

The Military Balance 1974 – 1975, IISS

Erst der Einbezug der Kräfte, die relativ kurzfristig dem Schauplatz Europa Mitte zugeführt werden können, enthüllt aber die Überlegenheit der östlichen Seite in vollem Umfang.

«30 sowjetische Divisionen mit etwa 340 000 Soldaten und rund 6800 Kampfpanzern stehen in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion (Baltikum, Weissrussland, Karpaten) und können unverzüglich zur Verstärkung herangeführt werden.»

Weissbuch BRD

Hinzu gesellen sich 4 sowjetische Divisionen in Ungarn mit nochmals 1500 Panzern, und innerhalb von Wochen dürften die Sowjets in der Lage sein, weitere Verbände aufzufüllen und aufmarschieren zu lassen.

Die NATO kann demgegenüber kurzfristig nur auf nennenswerte Verstärkungen aus den USA, Grossbritannien und Frankreich zählen. Frankreich könnte die 4 im Land befindlichen Divisionen unterstellen, verfügte dann aber nur noch über die Truppen der Défense Opérative du Territoire (DOT) für die Verteidigung des nationalen Territoriums; Grossbritannien könnte total eine Division und 5 Brigaden und die USA könnten mehr als 10 kampfkraftige Divisionen zuführen. Von diesen amerikanischen Verbänden können aber nur etwa 4 Divisionen rasch eingesetzt werden, weil ihr schweres Material in der BRD eingelagert ist oder es sich um Luftlandverbände handelt. Bei den übrigen müsste das schwere Material auf dem Seeweg herangeführt werden.

Prekäre Sicherheit auch des Neutralen

Vor dem Hintergrund dieser in Wandlung begriffenen strategischen Gegebenheiten müssen die Bedürfnisse der Schweiz in bezug auf die militärische Landesverteidigung und insbesondere die geplanten Massnahmen im Bereich der materiellen Rüstung beurteilt werden. Dabei muss man sich vor Augen halten, worum es sicherheitspolitisch in erster Linie geht. Der Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik setzt eine klare Priorität: «Das Schwergewicht unserer Sicherheitspolitik und unserer strategischen Massnahmen muss bei der Kriegsverhinderung liegen.» Das Mittel hierfür ist die Armee, «das Machtmittel des Staates zur Kriegsverhinderung und für den Abwehrkampf».

Es handelt sich beim militärischen Beitrag zur Kriegsverhinderung darum, den relevanten Mächten klarzumachen, dass bei einem Angriff auf unser Land wegen der Kampfkraft der Armee ein ausgeprägtes Missverhältnis zwischen dem zu bezahlenden Preis — Verlust an Menschen, Material, Prestige usw. — und dem aus der Aktion gegen uns gezogenen Gewinn bestünde. Das ist die Dissuasion. Sie wird jetzt wie auch in einer Krisenlage in Europa und selbst nach Neutralitätsverletzungen zum Beispiel in der Luft ausgeübt — oder eben nicht ausgeübt. Ob es uns jetzt gelingt, dissuasiv zu wirken, hängt von verschiedenen Faktoren ab, von der äusseren Erscheinung der Truppe, von unseren Ausbildungsprogrammen, von den bei grösseren Übungen vollbrachten Leistungen — und von unseren Rüstungsanstrengungen. Konkret ausgedrückt: Ganz abgesehen von den materiellen Folgen — Überalterung des Materials, Fortbestehen von Lücken in der Bewaffnung — hat unsere Dissuasionskraft unter dem Nachlassen unserer Bemühungen auf diesem Gebiet in den letzten zehn Jahren gelitten. Und es hätte ihr noch mehr geschadet, wenn der Versuch des Bundesrates geglückt wäre, angesichts der mit dem Volksentscheid vom 8. Dezember 1974 noch verschärften Finanzmisere 1975 nur beim Eidgenössischen Militärdepartement tatsächlich zu sparen. Umgekehrt haben der hartnäckige Widerstand des Parlamentes gegen diese zutiefst fragwürdige Politik und die Debatte im Januar 1975 der Dissuasion wieder genützt, indem sie deutlich machten, dass das Parlament die vom Bundesrat in Kauf genommene Schwächung der materiellen Wehrbereitschaft nicht hinzunehmen bereit ist. Und wie weit wir bei einer Aktualisierung der Bedrohung das Dissuasionsziel erreichen würden, hinge von dem im Verlauf der vorangegangenen Jahre durch die eben erwähnten Faktoren, die auf den Wehrwillen des Volkes im weitesten Sinn schliessen lassen, erzeugten allgemeinen Eindruck ab sowie vom Urteil der betreffenden Mächte über die Schlagkraft der Armee in diesem Zeitpunkt. In einem Wort: Für die Dissuasion ist von besonderer Bedeutung, ob und mit welchem Erfolg wir uns bemühen, von uns — und den anderen — erkannte Lücken in unserer Bewaffnung zu schliessen.

Schluss folgt